

# 3

# WER UNTERLÄUFT DEN KONSENS VON KAIRO UND WARUM?

Die Opposition gegen internationale Familienplanungsprogramme und gegen die Beschlüsse von Kairo bildet keinen homogenen Block. Drei Akteure sind von besonderer Bedeutung: Erstens die Regierung der Vereinigten Staaten seit Amtsantritt des Präsidenten George W. Bush sowie einige einflussreiche US-Abgeordnete. Zweitens der Vatikan. Drittens Lobbygruppen der Christlichen Rechten, die bei Regierungen und Parlamenten in den USA und Europa für ihre Sache werben. Die Bandbreite der Argumente reicht dabei vom Verfall der Sitten durch freien Zugang zu Methoden der Familienplanung bis hin zur apokalyptischen Vision eines entvölkerten Planeten.

## 3.1 Die US-amerikanische Politik unter George W. Bush

Als George W. Bush Anfang 2001 im Weißen Haus einzog, vollzog die US-Politik in Sachen Familienplanung eine Kehrtwende: Die Regierung von Bushs Vorgänger Bill Clinton hatte sich 1994 bei der Bevölkerungskonfe-

renz von Kairo aktiv für die Auffassung eingesetzt, dass umfassende Aufklärung und Selbstbestimmung bei der Familienplanung zu den Menschenrechten gehören. Die USA hatten damals sogar auf den Vatikan eingewirkt, trotz dessen Vorbehalten dem Aktionsprogramm zuzustimmen. Unter Bush dagegen halten die USA Gelder für internationale

### ARGUMENTE DER GEGNER (1)

#### „Familienplanung führt zum Verfall der Sitten“

Die Sorge um den Verfall von Sitte und Moral ist beispielsweise in den USA weit verbreitet. Die ethisch-moralische Haltung, die dahinter steht, beeinflusst wesentlich die Diskussion um die Umsetzung der Ziele von Kairo – in zwei Ausprägungen: Der weitestgehenden Ansicht nach darf Geschlechtsverkehr ausschließlich der Fortpflanzung dienen. Verhütungsmittel führen demnach zu losem Lebenswandel und „Promiskuität“. Letztere Position entspricht im wesentlichen der offiziellen Lehre der katholischen Kirche. Ebenso argumentieren auch viele Vertreter der Christlichen Rechten (zur Definition der Christlichen Rechten siehe Kapitel 3.3).

Verbreiteter ist jedoch die Auffassung, Verhütungsmittel seien zwar grundsätzlich zulässig, aber nur im Rahmen der Ehe. Sex ohne Trauschein führe zum Verfall der Sitten und unterminiere die „natürliche Familie“. Außerdem sei er für andere gesellschaftliche „Verfallserscheinungen“ wie hohe Scheidungsraten und sinkende Kinderzahlen verantwortlich.

Diese Position liegt dem Konzept der sexuellen Enthaltsamkeit als einziger hundertprozentig sicherer Methode der Empfängnisverhütung wie auch des Schutzes vor sexuell übertragbaren Krankheiten zugrunde. Die Botschaft „Enthaltsamkeit allein“ wird vielen amerikanischen Jugendlichen im Rahmen staatlich geförderter Programme in und außerhalb der Schule vermittelt (siehe Kapitel 4), sie hat aber auch in internationalen Familienplanungsprogrammen Einzug gehalten (siehe Kapitel 6). Meist ist damit keinerlei Aufklärung über Verhütungsmittel verbunden, da die Befürworter des reinen Enthaltsamkeits-Konzepts diese bereits als moralisch schädlich ansehen.

Familienplanungsprogramme zurück, fördern Organisationen, die sexuelle Enthaltsamkeit fördern, und stellen die Ziele und Inhalte des Kairoer Abschlussdokuments in Frage.

Die Maßnahmen der Bush-Regierung fallen der schieren Größe und der Finanzkraft des Landes wegen besonders ins Gewicht. So sind die USA der wichtigste Geber im Bereich Bevölkerung, einschließlich Familienplanung und reproduktive Gesundheit. 2001 stellten sie nach Schätzungen des Niederländischen Interdisziplinären Demografischen Instituts (NIDI) mit 951 Millionen Dollar 55 Prozent der Gelder, die von den 21 Geberländern und der EU insgesamt aufgebracht wurden.<sup>1</sup> Erfolg oder Misserfolg der internationalen Familienplanungsförderung hängen weitgehend von der amerikanischen Geberpolitik ab. Zudem haben die USA zumindest bis in die jüngste Vergangenheit für die meisten mit Entwicklungshilfegeldern geförderten staatlichen Programme die Verhütungsmittel bereit gestellt. Aus diesen Gründen nehmen die USA im vorliegenden Report besonders viel Raum ein.

Wie es dazu kam, dass heute in weiten Teilen Amerikas Sexualaufklärung als moralisch verwerflich betrachtet und Enthaltsamkeit als bevorzugtes Mittel der Familienplanung propagiert wird, beschreibt Kapitel 4. Wie sich die religiös fundierten Moralvorstellungen der USA in der internationalen Politik auswirken, führt Kapitel 5 im Einzelnen auf.

Die Haltung der US-Administration zum Kairoer Aktionsprogramm zeigte sich nach dem Regierungswechsel etwa in der Personalpolitik. Dass eine neue Regierung wichtige politische Posten mit „eigenen“ Leuten besetzt, ist an sich nichts Besonderes. Unter George W. Bush kamen jedoch häufig Gegner der Familienplanung auf Positionen, die für nationale wie auch für internationale Familienplanungsprogramme und für die Aids-Prävention von Bedeutung sind.

## ARGUMENTE DER GEGNER (2)

### „Familienplanung verletzt die Menschenrechte“

Steve Mosher<sup>5</sup> vom „Population Research Institute“, einem Ableger der christlich-rechten Lobbygruppe „Human Life International“, weist immer wieder auf Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Familienplanungsprogrammen hin.<sup>6</sup> China steht dabei im Zentrum der Debatte. Die chinesische Ein-Kind-Politik zwang in den Städten lebende Frauen, die ein zweites Kind erwarteten, zumindest in der Vergangenheit zu Abtreibung und Sterilisation, während auf dem Land zwei Kinder erlaubt sind. Aus der Tatsache, dass der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) Programme in China betreibt und dabei mit der Regierung zusammen arbeitet, leitet Mosher ab, UNFPA sei in diese die Menschenrechte missachtende Praxis verstrickt.

Konkrete Belege dafür gibt es allerdings nicht. UNFPA versucht vielmehr, mit Hilfe von Angeboten zur Familienplanung den Frauen in 32 ausgewählten chinesischen Landkreisen, in denen die staatlich vorgegebene Quote sogar ausgesetzt wurde, langfristig die Zahl der Abtreibungen zu senken (siehe dazu auch Kapitel 5). Dennoch beruft sich etwa der republikanische Kongressabgeordnete Chris Smith bei seinen Bemühungen, UNFPA die finanzielle Unterstützung der USA zu entziehen, auf die Erkenntnisse des „Population Research Institute“.

In ähnlicher Weise argumentiert auch Austin Ruse, Präsident des christlich-rechten „Catholic Family and Human Rights Institute“, gegen die Tätigkeit von UNFPA: Als der Bevölkerungsfonds während des Kosovo-Krieges die albanischen Flüchtlingslager mit Verhütungsmitteln versorgte, warf Ruse ihm vor, sich auf Einladung des damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic an „ethnischen Säuberungen“ zu beteiligen, durch gezielte Reduzierung der hohen Geburtenraten unter der albanischen Bevölkerung.<sup>7</sup>

Ein Beispiel ist die Besetzung des präsidentiellen Aids-Beratungsstabes „Presidential Advisory Council on HIV/AIDS“ (PACHA). Das Gremium war 1995 von Bill Clinton gegründet worden, um das Weiße Haus und die mit der Epidemie befassten Ministerien zu ihrer Aids-Strategie zu beraten. Bush berief drei ausgesprochene Gegner der Verwendung von Kondomen für die Aids-Prävention in den Beratungsstab: Joe McIlhane etwa, den Leiter des „Medical Institute for Sexual Health“, das zu strikter Enthaltsamkeit bis zur Ehe als dem einzigen adäquaten Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten und nichtehelicher Schwangerschaft rät,<sup>2</sup> sowie die beiden Mediziner Tom Coburn und Louis Sullivan, deren Kandidatur die christlich-

rechten Organisationen „Focus on the Family“ und „Family Research Council“ unterstützt hatten.<sup>3</sup> Coburn, ein ehemaliger republikanischer Kongressabgeordneter aus Oklahoma, setzt die Versagensquote von Kondomen bei 20 Prozent an.<sup>4</sup> (Über alle in diesem Zusammenhang wichtigen Organisationen informiert das Glossar auf Seite 66.)

Als Koordinatorin für internationale Frauenfragen berief Bush Charlotte Ponticelli. Diese hatte sich unter der Regierung Bush senior als Direktorin für Menschenrechte und Frauenfragen in der Abteilung für internationale Organisationen im US-Außenministerium erfolgreich dagegen eingesetzt, dass die USA die UN-Konvention gegen die Diskriminierung von Frauen (CEDAW) unterzeichneten.<sup>8</sup>

Als Gesundheitsminister hatte George W. Bush im Dezember 2000 Tommy Thompson berufen, ehemals Gouverneur von Wisconsin und als Gegner umfassender Sexualaufklärung bekannt. Anfang 2002 gab die Regierung bekannt, künftig sei nicht mehr das Außenministerium, sondern das Gesundheitsministerium für die Vorbereitung und personelle Besetzung internationaler Konferenzen zuständig, wenn es dabei um reproduktive Gesundheit gehe.<sup>9</sup> Außenminister Colin Powell, dessen Kompetenzbereich damit beschnitten wurde, hatte sich wiederholt für Kondome in der Aids-Prävention ausgesprochen, beispielsweise im Jugendsender MTV.<sup>10</sup> Im Mai 2002 leitete Gesundheitsminister Thompson die US-Delegation beim Sondergipfel der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, wo er für mehr Enthaltensamkeits-Erziehung eintrat.<sup>11</sup>

Gegen den Widerstand von Außenminister Colin Powell versuchte das Weiße Haus außerdem, John M. Klink als zuständigen Staatssekretär für Bevölkerung, Flüchtlingswesen und Migration im Außenministerium durchzusetzen. Der irisch-amerikanische Katholik Klink ist gegen Kondome als Mittel der Aids-Prävention und hatte diese Position bereits als früheres Mitglied der vatikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen vertreten. Klinks Nominierung wurde erst nach öffentlichen Protesten fallen gelassen.

### ARGUMENTE DER GEGNER (3)

#### „Familienplanung bahnt den Weg für mehr Abtreibungen“

In der politischen Debatte wird Familienplanung häufig mit Schwangerschaftsabbruch gleichgesetzt. Nichtstaatlichen Organisationen und Lobbygruppen, die sich für Familienplanung einsetzen, wird unterstellt, sie träten in Wirklichkeit für die Legalisierung und die freie Verfügbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen ein.

Der Vatikan veröffentlichte im April 2003 ein 900 Seiten starkes Buch mit dem Titel „Lexicon – Zweideutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen“. Es beschreibt die ideologischen Ziele, die sich angeblich hinter der einschlägigen Terminologie verbergen: Ein Ausdruck wie „reproduktive Gesundheit“ zum Beispiel sei nichts anderes als ein internationales Codewort für das Propagieren der Abtreibung.<sup>15, 16</sup> Ähnlich argumentieren auch viele Lobbygruppen der Christlichen Rechten in den USA, beispielsweise das „Family Research Council“.<sup>17</sup>

Viele internationale Hilfsorganisationen vertreten die Meinung, die Legalisierung der Abtreibung vermindere das hohe gesundheitliche Risiko für Frauen, die den Eingriff sonst illegal, also meist unter ungünstigen hygienischen Bedingungen und ohne medizinische Sachkenntnis, vornehmen lassen. Aus diesem Grund finden sich die meisten dieser Organisationen auf Seiten der Abtreibungsbefürworter. Einzelne bieten Schwangerschaftsabbrüche sogar an, um die Zahl der gesundheitsgefährdenden Eingriffe zu mindern.

Dennoch begleitete er die amerikanische Delegation zu mehreren UN-Tagungen, wie der 5. Asiatischen und Pazifischen Bevölkerungskonferenz (2002) und der UN-Kinderrechtskonferenz (2002).<sup>12, 13</sup>

Nicht nur in der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, auch im Kongress sitzen einige entschiedene und einflussreiche Gegner des Aktionsprogramms von Kairo – und nicht erst, seit Bush regiert. Schon seit rund zwanzig Jahren versuchen republikanische Abgeordnete – mit wechselndem Erfolg, aber immer wieder –, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) die amerikanischen Beiträge zu entziehen (siehe Kapitel 5). Wichtigstes Argument: Diese Organisation unterhalte Programme in China, sei also indirekt an den staatlich verordneten Zwangsabtreibungen und -sterilisationen beteiligt (siehe Kasten „Familienplanung verletzt die Menschenrechte“).

Eine der treibenden Kräfte hinter diesen Bestrebungen ist Chris Smith, Republikaner aus New Jersey. Er gehört seit 1981 dem Repräsentantenhaus an und hat sich dort auf die Gebiete Kriegsveteranen, Menschenrechte und internationale Beziehungen spezialisiert. Seiner Ansicht nach unterstützt der UN-Bevölkerungsfonds aktiv Zwangspraktiken.<sup>14</sup>

## 3.2 Die Politik des Vatikan

„Das Aids-Virus ist etwa 450 Mal kleiner als ein Spermium“, sagte am 12. Oktober 2003 der kolumbianische Kardinal Alfonso López Trujillo in einem Film des britischen Fernsehsenders BBC One: „Schon das Spermium passt leicht durch das ‚Netz‘, das von dem

Kondom gebildet wird“.<sup>18</sup> Kondome würden also nicht vor Ansteckung schützen, wie immer behauptet werde, folgerte der Kardinal und forderte, die Gesundheitsministerien müssten deshalb Warnhinweise auf Kondompäckungen drucken lassen, wie es bei Zigaretten auch Vorschrift ist.

### ARGUMENTE DER GEGNER (4)

#### „Kondome schützen nicht“

Im „Lexicon“ des Vatikans ist zu lesen, das Verteilen von Kondomen helfe nicht, die Aids-Epidemie einzudämmen, da Kondome nicht vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen. Die Erreger könnten durch winzig kleine Löcher im Latexmaterial dringen, wie sie etwa bei der Produktion entstünden.<sup>21, 22</sup> Weil Kondome nicht hundertprozentig vor ungewollter Schwangerschaft und Geschlechtskrankheiten schützen, bleibt nach Ansicht von Enthaltensamkeits-Befürwortern sexuelle Abstinenz die einzig sichere Alternative. Manche geben die Versagensquoten von Präservativen mit bis zu 20 Prozent an.

Tatsächlich können Kondome in sehr seltenen Fällen Materialfehler aufweisen, und sie können durch Alterung, falsche Lagerung oder Handhabung beschädigt werden. Wenn sie jedoch vollkommen korrekt angewendet werden und ausnahmslos bei jedem heterosexuellen Kontakt zum Einsatz kommen, schützen sie mit etwa 97-prozentiger Wahrscheinlichkeit vor einer Empfängnis: Laut Weltgesundheitsorganisation WHO kommt es bei jenen, die angeben, Kondome absolut korrekt anzuwenden, in etwa drei Prozent der Fälle binnen eines Jahres zu einer Schwangerschaft. Beim „typischen“ Gebrauch kann diese Quote nach WHO-Angaben auf 14 Prozent ansteigen, dafür sei jedoch ausschließlich „menschliches Versagen“ verantwortlich. Letzteres beeinflusst indes auch die Versagensquote der sexuellen Abstinenz.

Studien an Paaren, bei denen ein Partner HIV-positiv ist, haben ergeben, dass sich bei vollkommener korrekter Anwendung von Kondomen weniger als ein Prozent der Gesunden jährlich neu ansteckt.<sup>23</sup> Die US-Gesundheitsbehörde NIH und das US-Kontrollzentrum für Krankheiten (CDC) haben im Juni 2000 gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) alle erhältlichen wissenschaftlichen Publikationen zum Thema Kondomsicherheit und Geschlechtskrankheiten gesichtet und in einem Bericht zusammengefasst. Danach ist Latex generell undurchlässig für Partikel jeder Größe, die in den Sekreten der Geschlechtsorgane vorkommen können. Sie halten selbst den kleinsten Erreger einer sexuell übertragbaren Krankheit, das Hepatitis-B-Virus, zurück. Die korrekte Verwendung von Kondomen bei jedem Verkehr senkt das Risiko, sich mit HIV anzustecken. Ebenso das Risiko für Männer, sich mit Gonorrhoe zu infizieren. Vor Erregern wie den Papillomaviren, die per Hautkontakt übertragen werden, schützen Kondome nicht unbedingt, da sie die befallenen Stellen möglicherweise nicht abdecken. Für die WHO heißt das, dass trotz einiger noch ungeklärter Fragen Kondome in der Aids-Prävention weiterhin „zwingend“ die Hauptrolle spielen.<sup>24</sup>

Diese Fehlinformation gehört zwar nicht zur offiziellen Lehre der katholischen Kirche. Aber Trujillo ist einer der dienstältesten Kardinäle in Rom und verfügt als Vorsitzender des Päpstlichen Rates für die Familie über großen Einfluss. In seiner grundsätzlichen Ablehnung von Verhütungsmitteln weiß er sich zudem auf einer Linie mit dem Papst. Johannes Paul II. hat sich immer wieder entschieden gegen jede Form von Verhütung und Familienplanung gewandt. Diese öffnen aus seiner Sicht Tür und Tor für Dekadenz und Sittenverfall. Sex gehöre allein in die Ehe, denn diese sei die einzige „gottgewollte“ Verbindung.

Damit führt der Papst eine historische Tradition weiter: Der Gedanke, das Leben beginne mit der Empfängnis und deshalb sei es unmoralisch, die Entstehung neuen Lebens zu verhindern, wurde von dem Kirchenlehrer Augustinus im Jahre 400 n. Chr. entwickelt, stammt also aus vorwissenschaftlicher Zeit.<sup>19</sup> Für die katholische Kirche ist Enthaltensamkeit während der fruchtbaren Tage der Frau bis heute die einzig „natürliche“ und moralisch vertretbare Methode der Empfängnisverhütung. Nach dieser Definition gelten selbst Kondome als „künstliche“ Zeugungsschranke.

Als Anfang der 1960er Jahre die Pille auf den Markt kam, hofften katholische Paare auf der ganzen Welt, der Vatikan würde diesen medizinischen Fortschritt gutheißen und sie von einer schweren Last befreien. Denn die Pille verhindert den Eisprung, so dass es gar nicht erst zu einer möglichen Empfängnis kommt. Doch Papst Paul VI. sprach in der Enzyklika „Humanae vitae“ auch über die oralen Kontrazeptiva den Bann aus: Nichts dürfe die Entstehung eines Kindes verhindern, das aus der ehelichen geschlechtlichen Vereinigung hervorgehen könnte.<sup>20</sup>

Im praktischen Alltag setzt sich die Lehrmeinung der Kirche jedoch nicht auf breiter Basis durch. Eine Studie im Auftrag der Organisation „Catholics for a Free Choice“ zeigt, wie sehr die Kirche damit im Widerspruch zu den Überzeugungen der meisten Katholiken steht: In Mexiko stimmten beispielsweise 91 Prozent der befragten Katholiken der Aussage zu, dass Erwachsene Zugang zu Verhütungsmitteln haben sollten.<sup>25</sup> Auch katholische Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen sich an Programmen, in denen Pille und Kondome als Mittel der Familienplanung propagiert und verteilt werden.

Dennoch: Roms Lehrmeinung bestimmt wesentlich die Arbeit der Priester in den Gemeinden. Zudem hat der Vatikan politisches Gewicht: Er ist in vielen internationalen Organisationen repräsentiert, unter anderem in den Vereinten Nationen. Die katholische Kirche ist somit weltweit die einzige religiöse Institution mit einer nationenähnlich offiziellen Stellung.

Die Vorbehalte des Vatikans bei der Kairoer Bevölkerungskonferenz von 1994 galten vor allem der Frage der Abtreibung, waren jedoch nicht darauf beschränkt. Bei der Vorbereitungskonferenz in New York wandte sich der Vatikan massiv gegen den Satz „Kondome schützen vor Aids“ und blockierte damit, weil das Konsensprinzip gilt, über Tage hinweg das Fortkommen der Vorbereitungen.<sup>26</sup> Ähnlich massiv trat der Heilige Stuhl vor und in Kairo gegen Sexuaufklärung für Jugendliche auf.

Indessen gibt es innerhalb der katholischen Kirche auch Anzeichen für einen Wandel. Der belgische Kardinal Godfried Danneels, der als einer der möglichen Nachfolger des Papstes im Gespräch ist, spricht sich zum Beispiel nicht prinzipiell gegen Kondome aus. Auch er hält zwar Abstinenz für die beste Vorbeugung gegen Aids. Wenn jedoch HIV-Infizierte ungeschützten Geschlechtsverkehr hätten, argumentiert Danneels, verstoße dies gegen das sechste Gebot („Du sollst nicht

töten“). Sich vor Krankheit oder Tod zu schützen, könne moralisch nicht gleich bewertet werden wie Kondome zur Geburtenkontrolle zu benutzen.<sup>27</sup> Der britische Kardinal Keith O’Brien geht noch weiter: Er fordert eine Debatte über das generelle Verhütungsverbot der Kirche.<sup>28</sup> Welche Fraktion sich künftig durchsetzt, hängt entscheidend davon ab, wer dereinst als Nachfolger von Papst Johannes Paul II. gewählt wird.

## ARGUMENTE DER GEGNER (5)

### „Familienplanung bedroht die Rolle der Frau als Ehegattin und Mutter“

Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln versetzen Frauen in die Lage, selbst über ihre Kinderzahl zu entscheiden. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Daher streicht auch das Kairoer Aktionsprogramm heraus, eine stärkere Position der Frauen sei ein entscheidender Faktor in internationalen Familienplanungsprogrammen.

Die Gegner dieser Programme wenden sich nicht explizit dagegen, die Position von Frauen auf der ganzen Welt zu verbessern. Der Vatikan setzt sich sogar dafür ein. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist damit allerdings nicht gemeint. Vielmehr betont der Vatikan immer wieder, es liege in der Natur der Frau, anderen zu helfen und sie sei daher berufen, eine besondere Rolle als Ehefrau und Mutter auszuüben. Diese Position innerhalb der traditionellen Familie dürfe nicht gefährdet werden. Eine Gefährdung sieht der Vatikan jedoch gerade in den sexuellen und reproduktiven Rechten, wie sie in Kairo beschlossen worden sind. Frauen das Recht auf die Kontrolle ihrer Sexualität zuzugestehen legitimiert aus Sicht des Vatikans Promiskuität, Abtreibung und Homosexualität.<sup>29</sup>

Auch innerhalb der amerikanischen Christlichen Rechten sind vergleichbare Ansichten verbreitet. So macht die Organisation „Concerned Women for America“ den Feminismus und dessen Vorstellung von sexueller Aktivität „ohne Konsequenzen“ für alle möglichen gesellschaftlichen Übel verantwortlich, etwa sinkende Heirats- und Geburtenraten sowie die wachsende Zahl unverheirateter Paare.<sup>30</sup> Das Frauenbild der Christlichen Rechten zeigt sich auch am Beispiel des Widerstandes gegen die UN-Konvention zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW): Als 2002 der Senat in Washington debattierte, ob die USA dieses Dokument unterzeichnen sollten, gab es kaum grundsätzliche Einwände. Dann lancierte die christlich-rechte Organisation „Focus on the Family“ eine Gegenkampagne. Sie verbreitete, vor allem über den Rundfunk, die Vereinten Nationen stellten sich gegen die Mutterschaft und propagierten stattdessen Abtreibung, Sterilisation und lesbische Lebensformen. Andere Organisationen wie das „Catholic Family and Human Rights Institute“ schlossen sich an. Diese Kampagne trug dazu bei, dass die USA die Konvention bis heute nicht unterzeichnet haben.<sup>31</sup>

### 3.3 Die Christliche Rechte: Die Bibel beim Wort nehmen

Nicht nur katholische Organisationen, sondern auch fundamentalistische Gruppen protestantischen Ursprungs nehmen Einfluss auf die internationale Politik in Sachen Familienplanung und reproduktive Rechte. In den USA dominieren diese Gruppen die Debatte.

Der protestantische Fundamentalismus in den Vereinigten Staaten entwickelte sich am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Er bekämpfte die historisch-kritische Methode der Bibelauslegung, die Evolutionstheorie, das neue naturwissenschaftliche Weltbild, die aufkommende Psychologie und den Liberalismus. Stattdessen und gegen die Aufklärung im Kant'schen Sinne propagierte der Fundamentalismus eine Reduktion des Christentums und des Glaubens auf wenige „Fundamentalien“. Diese glaubte man faktisch-wissenschaftlich aus der als „unfehlbar“ und „fehlerlos“ eingestuften Bibel erheben zu können.

Die heutigen Fundamentalisten bilden keine homogene Gruppe. Einige enthalten sich wie zu Beginn der Bewegung politischer Äußerung. Die große Mehrheit meldet sich jedoch deutlich zu Wort. Der Fundamentalismus verbindet Menschen unterschiedlicher protestantischer Kirchen, doch kann er auch Zweckbündnisse mit konservativen Katholiken, Mormonen oder Juden eingehen. Er ist

besonders im Süden der USA ausgeprägt, wo die größte protestantische Kirche der USA, die „Southern Baptist Convention“, seit 25 Jahren mehr und mehr von Fundamentalisten dominiert wird. Im Jahre 2000 wurde dort ein neues Glaubensbekenntnis eingeführt, das die Frauen verpflichtet, sich den Männern unterzuordnen („gracefully submissive to the servant leadership of their husbands“) und Frauen vom Pastorenamt ausschließt.

Aufgrund der Annahme von „Unfehlbarkeit“ und „Fehlerlosigkeit“ der Heiligen Schrift ersetzt der Fundamentalismus die Darwin'sche Evolutionstheorie durch eine „Schöpfungswissenschaft“, auch „Kreationismus“ genannt. Danach sind das Universum, die Welt und alle Lebewesen von Gott in sechs Tagen à 24 Stunden erschaffen, wie es der erste Schöpfungsbericht der Genesis erzählt. Eine ausgeprägte Endzeiterwartung, die eng mit einer besonderen Bedeutung des Staates Israel verknüpft ist, kennzeichnet den Fundamentalismus. Seine Anhänger sind der Meinung, dass Amerika in die befürchtete allgemeine Abwärtsentwicklung der Gesellschaft nicht einbezogen werde, wenn man dem moralischen Verfall Einhalt gebiete. Daher engagieren sich die Fundamentalisten sowohl aus religiösen wie auch aus patriotischen Gründen politisch in der Republikanischen Partei, um die besondere Rolle der USA zu wahren. Nur so lassen sich ihrer Auffassung nach „Modernismus“, „Liberalismus“ und „säkularer Humanismus“ bekämpfen.<sup>32</sup>

Früher waren die Fundamentalisten weltabgewandte religiöse Gemeinschaften und betrachteten die Politik als schmutziges Geschäft, von dem man sich fern zu halten habe. Von Beginn der 1970er Jahre an wandelte sich diese Einstellung allerdings.

Politisert und mobilisiert wurden die Fundamentalisten von der Bewegung der Christlichen Rechten, die damals aufkam. Einer der Hauptgründe dafür liegt in dem Urteil des Obersten Verfassungsgerichts, das 1973 den Schwangerschaftsabbruch legalisierte (siehe Kapitel 4.3). Die Christliche Rechte kämpfte jedoch nicht nur dagegen, sondern ganz allgemein für die Wiederherstellung der Moral und für die Verteidigung der „natürlichen Familie“. Aus dieser Grundwertedebatte hat sich in den USA ein wahrer Kulturkampf entwickelt.

Die Christliche Rechte setzt sich heute unter anderem dafür ein, den Zugang zu umfassender Sexualaufklärung und Verhütung im eigenen Land zu beschränken. Sie stellt sich auch gegen Sex außerhalb der Ehe, gegen Homosexualität und gegen alle Lebensentwürfe, die vom Schema der klassischen Kernfamilie abweichen.

In den 1980er Jahren traten mehrere Organisationen der Christlichen Rechten auf den Plan.<sup>33</sup> Die Aktionsgruppe „Moral Majority“ (Moralische Mehrheit), ein Zusammenschluss von Christen unterschiedlicher Ausrichtungen, von Mormonen und Juden, wurde 1979 von dem baptistischen Prediger Jerry Falwell ins Leben gerufen. Sie unterstützte im Wahljahr 1980 öffentlichkeitswirksam die Konservativen und half dadurch mit, den Republikaner Ronald Reagan ins Weiße Haus zu bringen.<sup>34</sup>

Die „Moral Majority“ löste sich 1989 auf. Im gleichen Jahr gründete der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Pat Robertson die „Christian Coalition of America“ (CC) als „vereinigte Stimme der Familien in Amerika“. Am Beispiel der CC lässt sich verdeutlichen, wie sich die Art der Einflussnahme der Christlichen Rechten in jüngster Zeit verändert hat: Sie üben nicht mehr Druck von außen aus, sondern sind mittlerweile ein etablierter Teil der Republikanischen Partei,<sup>35</sup> wo sie nach einer Schätzung der Zeitschrift „The Economist“ etwa ein Sechstel bis ein Fünftel der Mitglieder ausmachen.<sup>36</sup>

Die amerikanische Zeitschrift „Fortune“ erstellt regelmäßig eine Rangliste der einflussreichsten Lobbygruppen in den USA. Darin belegte CC 1998 den siebten Platz. In den darauf folgenden Jahren rutschte die Organisation nach hinten und war im Jahre 2001 auf Platz 65 angelangt. Dieser scheinbare Machtverlust erklärt sich jedoch hauptsächlich dadurch, dass Funktionäre der CC inzwischen wichtige Positionen in der Republikanischen Partei einnahmen. So wurde Ralph Reed, der bis 1997 die Christian Coalition geleitet hatte, Chef der Republikaner im Bundesstaat Georgia.<sup>37</sup> Im Wahlkampf 2004 fungiert er als Regionalkoordinator für den Süden der Vereinigten Staaten.<sup>38</sup>

Die katholische Organisation „Human Life International“ (HLI), im Jahre 1981 von einem amerikanischen Benediktinerpater gegründet, setzt sich rund um den Globus gegen Aufklärung und Familienplanung ein. Nach eigener Definition ist HLI „die größte international tätige Pro-Leben, Pro-Familie, Pro-Frauen-Organisation der Welt“. HLI unterhält 59 „Satellitenbüros“ in 51 Ländern. Deren Mission besteht darin, gegen Abtreibung,

Verhütung, Sexualerziehung und den „Zerfall der Familie“ zu kämpfen. Auf ihrer Homepage schreibt die Organisation beispielsweise, sie habe durch ihre Arbeit in Tansania darauf aufmerksam machen können, dass tansanische Jugendliche von den Vereinten Nationen zur Benutzung defekter Kondome gezwungen würden. Darauf hin seien angeblich zehn Millionen Kondome vernichtet worden.<sup>39</sup> HLI unterhält auch in vielen europäischen Ländern Büros und versucht in letzter Zeit vermehrt, den Widerstand gegen die reproduktiven Rechte auch in Osteuropa auf die politische Tagesordnung zu setzen, etwa mit einer „Familienkonferenz“ in Kiew.<sup>40</sup>

Human Life International hat 1997 das „Catholic Family and Human Rights Institute“ (C-Fam) mit Sitz in New York gegründet, um Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen zu betreiben. Diese Gründung erfolgte im Zuge eines verstärkten Engagements christlicher Organisationen auf internationaler Ebene. Viele dieser Organisationen haben früher die UN grundsätzlich abgelehnt, betrachten sie jedoch inzwischen als Forum, um ihre Interessen durchzusetzen. Austin Ruse, der Vorsitzende von C-Fam, arbeitet beispielsweise auf eine Zusammenarbeit mit konservativen Moslems und Juden hin, um die „natürliche Familie“ weltweit zu verteidigen.<sup>41</sup> C-Fam hat eine Forschungsgruppe ins Leben gerufen, die Weißbücher darüber veröffentlicht, welche Unterorganisationen der UN und sonstigen Institutionen „die Familie, die Ungeborenen, den Glauben und die nationale Souveränität direkt bedrohen“.<sup>42</sup>

Ebenfalls aus HLI hervorgegangen und mit dieser Gruppe weiter in Verbindung ist das „Population Research Institute“ (PRI) mit Sitz in Front Royal im Bundesstaat Virginia.<sup>43</sup> Unter seinem Präsidenten Steve Mosher konzentriert es sich ebenfalls auf internationale Bevölkerungspolitik, insbesondere darauf, den „Mythos Übervölkerung“ zu widerlegen (siehe Kasten „Familienplanung gefährdet das Weiterbestehen der Menschheit“) und auf vermeintliche Verstöße gegen die Menschenrechte im Rahmen von Familienplanungsprogrammen aufmerksam zu machen (siehe Kasten „Familienplanung verletzt die Menschenrechte“). Das PRI unterstützt den Widerstand gegen die amerikanischen Zahlungen an den UN-Bevölkerungsfonds wegen dessen Tätigkeit in China: Im Jahre 2002 hatte das Institut 140 Organisationen mobilisiert, um in einem gemeinsamen Brief an Präsident Bush auf eine angebliche Finanzierung von Zwangsabtreibungen aufmerksam zu machen. Die protestantische Glaubensgemeinschaft Southern Baptist Convention gehörte ebenso zu den Unterzeichnern wie die Heilsarmee und das „Family Research Council“.<sup>44</sup>

Das „Family Research Council“ wurde 1983 von „Focus on the Family“ als politische Bildungsorganisation eingerichtet, ist aber mittlerweile nominell unabhängig. Es wendet sich gegen Abtreibung und gegen Kondome in der Aids-Bekämpfung.<sup>45</sup> Die von James Dobson 1983 gegründete Organisation „Focus on the Family“ verfügt ebenfalls über beträchtlichen politischen Einfluss und betreibt eigene Radioprogramme.<sup>46</sup> Sie hat sich beispielsweise mit Erfolg dagegen gewandt, dass die USA die UN-Konvention zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) unterzeichneten (siehe Kasten „Familienplanung gefährdet die Rolle der Frau“).

Die in Washington ansässige Frauenorganisation „Concerned Women for America“ (CWA), 1979 von Beverly LaHaye zur „Umsetzung biblischer Werte in der Politik“<sup>47</sup> gegründet, führt die antifeministische Bewegung in den USA an. CWA ist den Vereinten Nationen gegenüber sehr kritisch eingestellt, wurde jedoch in den 1990er Jahren ebenfalls auf internationaler Ebene aktiv, um ihre Ziele besser vertreten zu können.<sup>48</sup>

In Europa wird der Widerstand der christlich-rechten Lobbygruppen gegen die reproduktiven Rechte praktisch nicht wahrgenommen. Doch durch den Einfluss, den diese Gruppen auf die jetzige US-Regierung ausüben erstreckt sich ihr Wirken auch auf Familienplanungsprogramme rund um den Globus. Überdies werden manche dieser Gruppen seit kurzem auch in Europa aktiv (siehe Kapitel 7).

### Die Weltbevölkerung wächst weiter – aber wie lange noch?

Die Demografen der UN-Bevölkerungsabteilung haben für diese Bevölkerungsprojektionen jeweils unterschiedliche Annahmen zugrunde gelegt: Nach der hohen Variante geht die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von heute weltweit 2,8 bis 2050 auf 2,5 zurück, nach der mittleren Variante auf 2,0 und nach der niedrigen sogar auf 1,5 – also deutlich unter das sogenannte Ersatzniveau von 2,1, das für eine langfristig stabile Bevölkerungszahl notwendig wäre. Generell wird die mittlere Variante in der Öffentlichkeit als die wahrscheinlichste angesehen. Die konstante Variante, die das höchste Bevölkerungswachstum nach sich ziehen würde, beruht auf der als unrealistisch erachteten Annahme, dass die durchschnittlichen Kinderzahlen in allen Ländern auf dem heutigen Niveau verharren. Im weltweiten Mittel stiege die Kinderzahl je Frau dann von 2,8 auf 3,8 an, weil die Entwicklungsländer mit ihrer hohen Fertilität einen stetig wachsenden Anteil an der Weltbevölkerung erlangen würden. Die Lebenserwartung wird in allen Varianten als gleichbleibend angesetzt – mit Ausnahme jener Länder, die stark von Aids betroffen sind.

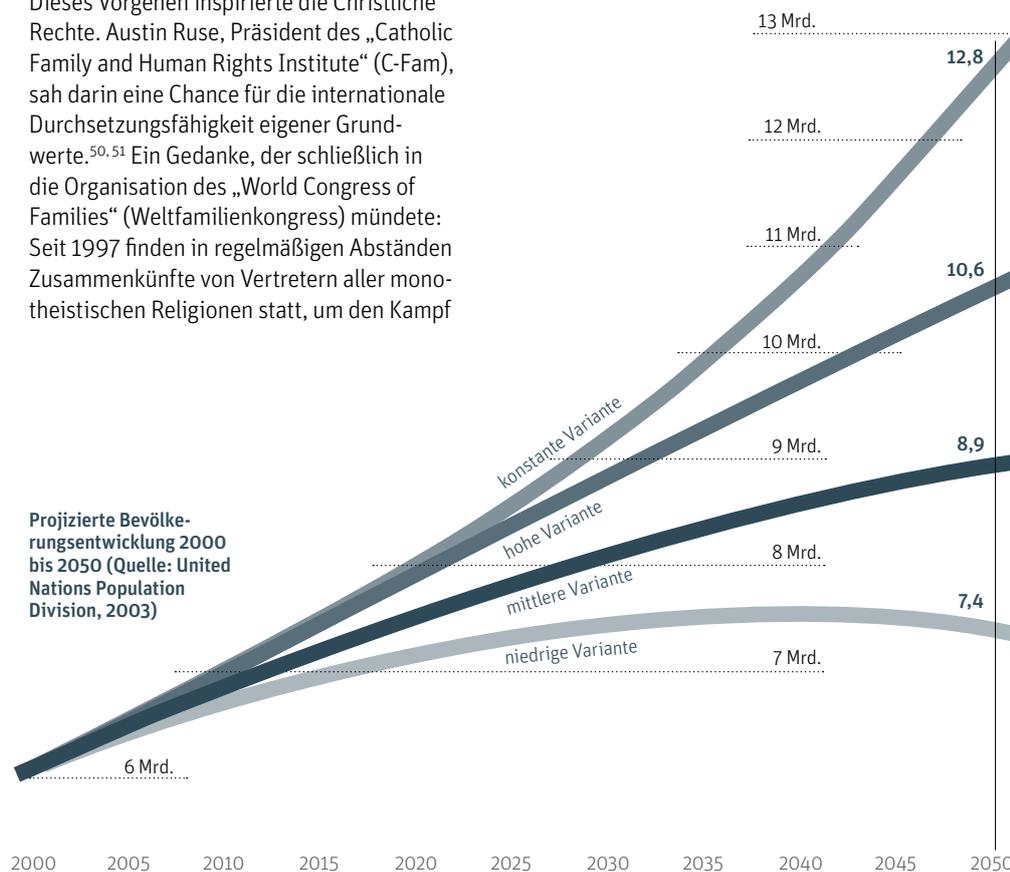
### 3.4 Interreligiöse Allianzen

Es mutet paradox an, aber manche christlich-rechten Gruppen streben eine Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen und Regierungen an, um gegen den Konsens von Kairo anzugehen. Denn in Sachen Aufklärung und Familienplanung stimmen christliche und islamische Kräfte gelegentlich überein. Auf internationaler Ebene gibt es auch Ansätze zu Kooperationen.

Auslöser waren die Verhandlungen im Verlauf der Kairoer Bevölkerungskonferenz 1994. Weil der Vatikan sich dort mit seiner Position isoliert sah, hatte er die Zusammenarbeit mit konservativen islamischen Ländern wie dem Iran und Libyen gesucht.<sup>49</sup> Die Allianz konnte einige Veränderungen des Abschlussdokuments in ihrem Sinne erzielen.

Dieses Vorgehen inspirierte die Christliche Rechte. Austin Ruse, Präsident des „Catholic Family and Human Rights Institute“ (C-Fam), sah darin eine Chance für die internationale Durchsetzungsfähigkeit eigener Grundwerte.<sup>50, 51</sup> Ein Gedanke, der schließlich in die Organisation des „World Congress of Families“ (Weltfamilienkongress) mündete: Seit 1997 finden in regelmäßigen Abständen Zusammenkünfte von Vertretern aller monotheistischen Religionen statt, um den Kampf

um den Erhalt der „natürlichen Familie“ zu koordinieren. Neben C-Fam unterstützt auch die Frauenorganisation „Concerned Women for America“ und das „Family Research Council“ den Kongress. Ob sich aus diesen Veranstaltungen allerdings eine langfristige interreligiöse Allianz entwickelt, bleibt abzuwarten. Dagegen spricht, dass die amerikanischen Christen zahlenmäßig immer noch dominieren. Beim zweiten Kongress 1999 in Genf etwa konnten einige Moslems, aber kaum Juden zur Teilnahme bewegt werden. Zudem gibt es inhaltliche Differenzen: So hatten Vertreter der Entwicklungsländer Probleme mit der Definition der „natürlichen Familie“, die für die Amerikaner aus einem Ehepaar mit Kindern besteht, während in vielen afrikanischen und islamischen Ländern die „erweiterte Familie“ mit mehreren Ehefrauen und/oder Teilen der Verwandtschaft verbreitet ist.<sup>52</sup>



WER UNTERLÄUFT DEN KONSENS VON KAIRO

## ARGUMENTE DER GEGNER (6)

### „Familienplanung gefährdet das Weiterbestehen der Menschheit“

In den letzten Jahren hat sich der jährliche weltweite Bevölkerungszuwachs verringert. Trotzdem hat sich die Menschheit im Jahr 2003 noch um 80 Millionen Häupter vermehrt. Die Verlangsamung des Wachstums gründet auf den sinkenden Geburtenraten in nahezu allen Ländern der Welt. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen geht davon aus, dass sie weiter sinken werden und hat in ihrer Prognose von 2002 das „mittlere Szenario“ für 2050 nach unten korrigiert: Statt auf 9,3 Milliarden wird die Weltbevölkerung von heute 6,3 Milliarden bis dahin auf „nur“ 8,9 Milliarden anwachsen.<sup>53</sup> Von da an könnte sie sich langfristig stabilisieren – falls die Annahme in der UN-Langzeitprojektion von 2004 zutrifft, dass die weltweite durchschnittliche Fertilitätsrate dann erstmals knapp unter das so genannte „Ersatzniveau“ von 2,1 Kindern pro Frau sinken könnte. Das ist der Wert, der bei unveränderter Lebenserwartung langfristig für eine stabile Bevölkerungszahl sorgt. Damit würde sich die Entwicklung vieler Industrieländer auf globaler Ebene wiederholen. Der wissenschaftliche Direktor des Population Reference Bureau, Carl Haub, bezweifelt jedoch die Richtigkeit dieser Annahme: „Bislang gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die Kinderzahl pro Frau in den ärmsten Ländern unter 2,5 absinkt“, so Haub. Er gibt auch zu bedenken, dass bei einem Abbau der heute bestehenden Programme zur Familienplanung die Bevölkerung in den armen Ländern weit stärker als angenommen wachsen würde.<sup>54</sup>

Die Verlangsamung des globalen Wachstums bedeutet zudem nicht, dass das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern kein Problem mehr darstellt. Denn in absoluten Zahlen steht den meisten Entwicklungsländern der größte Zuwachs noch bevor. Ein Beispiel: Die Bevölkerung Äthiopiens hat sich zwischen 1950 und 2000 von rund 20 auf rund 60 Millionen verdreifacht. In den nächsten 50 Jahren wird es nach Schätzungen der UN noch einmal fast eine Verdreifachung geben, einen Anstieg auf ungefähr 170 Millionen Menschen.<sup>55</sup> Einige Wissenschaftler sehen selbst in diesem Anstieg kein Problem. Ihren Überlegungen zufolge gibt es keinen Beweis für negative wirtschaftliche Folgen von Bevölkerungswachstum. Im Gegenteil sei es eine notwendige Bedingung für globales Wirtschaftswachstum. Die heutige Ökonomie beruhe nicht in erster Linie auf materiellen Ressourcen, sondern auf Humankapital. Mehr Menschen bedeuteten somit mehr Humankapital und förderten daher die wirtschaftliche Entwicklung.<sup>56</sup>

Maria Sophia Aguirre, Wirtschaftswissenschaftlerin an der „Catholic University of America“, vertritt die Auffassung, Bevölkerungswachstum sei kein Problem, solange es aus „natürlichen Familien“ hervorgehe. Familienplanung gefährde die natürliche Familie und behindere damit auch die ökonomische Entwicklung.<sup>57</sup>

Projizierter Bevölkerungswund beziehungsweise -zuwachs 2004 bis 2050 in Millionen  
(Quelle: Population Reference Bureau, World Population Data Sheet 2004)



### Demografische Schiefelage

Während in vielen Industrienationen aufgrund niedriger Kinderzahlen die Bevölkerung zukünftig schwinden wird, stehen die Zeichen in den ärmeren Ländern weiter auf Zuwachs. Obwohl in den meisten Entwicklungsländern und in allen Schwellenländern die Geburtenraten zum Teil deutlich sinken, nimmt dort die Zahl der Menschen immer noch zu. Aufgeführt sind hier die Länder mit dem absolut höchsten zukünftigen Schwund beziehungsweise Zuwachs. Indien wird vermutlich im Jahr 2040 China als bevölkerungsreichstes Land der Erde ablösen. Während die chinesische Bevölkerung den Prognosen zufolge bei 1,44 Milliarden ihren Zenit erreicht, wird Indien bis 2050 auf 1,63 Milliarden anwachsen.

Ben Wattenberg, „Senior Fellow“ bei dem einflussreichen konservativen Think tank „American Enterprise Institute for Public Policy Research“, nutzt die niedrigste der drei Varianten der langfristigen UN-Szenarien als Basis für seine Überlegungen: Nicht Bevölkerungswachstum, sondern Entvölkerung ist seiner Ansicht nach das Problem der Zukunft. Wattenberg fordert daher einen Paradigmenwechsel in der Demografie.<sup>58</sup> Zu ähnlichen Schlüssen kommt Steve Mosher vom „Population Research Institute“. Er verweist dabei auch auf die steigende Zahl der Aids-Toten.<sup>59</sup> Beide Autoren fordern, Familienplanungsprogramme seien zu beenden.<sup>60</sup>

Die niedrigste Variante der UN-Szenarien beruht auf der Annahme, dass die Kinderzahl je Frau bis 2050 im globalen Mittel auf 1,54 und damit weit unter das Ersatzniveau zurückgeht. Die Weltbevölkerung würde selbst unter dieser Annahme noch auf 7,4 Milliarden anwachsen, bevor sie zunächst langsam, dann aber um so schneller schwinden würde. Tatsächlich liegen einige europäische Staaten, darunter auch Deutschland, mit einer Kinderzahl von 1,3 seit längerem weit unterhalb des Ersatzniveaus. Schwellenländer wie Thailand oder Puerto Rico haben das Ersatzniveau ebenfalls unterschritten, wobei nicht absehbar ist, wie tief die Kinderzahlen dort fallen werden. In Lateinamerika hingegen scheint sich diese Ziffer generell oberhalb von 2,1 zu stabilisieren.<sup>61</sup> In vielen Ländern südlich der Sahara, aber

auch in islamischen Nationen wie Afghanistan, dem Jemen oder Saudi-Arabien liegt sie mit fünf bis acht Kindern weit über den UN-Prognosen, so dass für diese Gebiete auf lange Sicht nur Bevölkerungswachstum zu erwarten ist. In diesen Ländern ist ein Rückgang der Geburtenraten auf ein mit den Schwellenländern vergleichbares Niveau nicht zu erwarten.

Wenn aber die Kinderzahl je Frau weltweit von heute 2,8 bis 2050 nicht auf knapp unter 2,1 sänke – wie von den UN für das mittlere Szenario vorausgesetzt –, sondern nur auf 2,5, würden dannzumal statt 8,9 sogar 10,6 Milliarden Menschen auf der Erde leben. So oder so nimmt die Zahl der Menschen aber nach allen Szenarien bis 2050 weiter zu. Besonders stark in den Entwicklungsländern: Von 4,9 Milliarden im Jahre 2000 auf 7,7 Milliarden bis 2050 (mittleres Szenario). Und das, obwohl Aids die Bevölkerung in einigen dieser Länder geradezu dezimiert. Der Mangel an Aufklärung und Verhütungsmitteln, sowohl zur Familienplanung als auch zur HIV-Prävention, ist dort besonders akut. In diesen Ländern wird die Zahl der Frauen im reproduktiven Alter in den nächsten Jahren stark zunehmen: Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist bis zum Jahr 2015 mit einem Anstieg um ein Drittel zu rechnen. Allein dadurch erhöht sich der Bedarf an Verhütungsmitteln.<sup>62</sup>

### 3.5 Der Islam und die reproduktiven Rechte

Eine allgemein gültige islamische Lehrmeinung zu Fragen der Fortpflanzung gibt es nicht. Das hat verschiedene Gründe: Einmal kennt der Islam keine zentrale Instanz, die dem Vatikan innerhalb des Christentums vergleichbar wäre. Auch bilden die Länder der islamischen Welt keinen einheitlichen Block, sondern umfassen das ganze Spektrum von säkular und liberal (Beispiel Türkei) bis fundamentalistisch (Beispiel Iran). Ent-

sprechend vielfältig und teilweise widersprüchlich sind die Positionen der verschiedenen Regierungen und der unterschiedlichen Glaubensrichtungen innerhalb des Islams: Sie reichen von offener Ablehnung bis zu vollumfänglicher Unterstützung der Ziele von Kairo. Schließlich spielen die Nationen der islamischen Welt eine vergleichsweise kleine Rolle als Geber der internationalen Entwicklungs- und Familienplanungs-Zusammenarbeit. Daher nimmt dieses Thema in dem vorliegenden Report nur wenig Raum ein.

Grundsätzlich ist der Islam mit den Zielen von Kairo vereinbar. Der Prophet Mohammed hat seine Anhänger zwar aufgefordert, sich zu mehren, im Koran findet sich jedoch kein Verbot der Familienplanung. Die bevorzugten Methoden der Verhütung sind eher traditionell, etwa der Coitus interruptus, aber auch „Barrieremethoden“ wie Kondome und Diaphragmen sind weithin akzeptiert, während orale Verhütungsmittel unter religiösen Führern umstritten sind, da manche von ihnen darin einen unzulässigen Eingriff in das biolo-

gische System des Körpers sehen.<sup>63</sup> Sterilisation wird von den meisten islamischen Ländern abgelehnt, in Jordanien und Ägypten ist sie beispielsweise verboten. Den Schwangerschaftsabbruch behandeln die meisten dieser Länder sehr restriktiv. Doch auch in diesem Bereich gibt es große Unterschiede: So ist der Abbruch in der Türkei, in Tunesien, Albanien sowie in den ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbeidschan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ohne Einschränkung erlaubt.<sup>64</sup>

Ganz allgemein lässt sich also sagen, dass der Islam Familienplanung zulässt und dass viele islamische Staaten – zum Beispiel Bangladesch – aktiv Familienplanung fördern.<sup>65</sup> In der Türkei ist das Recht auf reproduktive Gesundheit seit 1982 sogar in der Verfassung festgeschrieben.

Staatliche Familienplanungsprogramme stärken jedoch nicht immer auch die Rechte der Frauen. In Pakistan etwa dürfen viele Frauen das Haus nicht ohne Begleitung eines männlichen Verwandten verlassen, weshalb Verhütungsmittel von Haus zu Haus verteilt werden. Zudem gibt es religiöse Gruppen in Pakistan, die Familienplanung grundsätzlich ablehnen. Nur 20 Prozent der verheirateten Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter nutzen moderne Verhütungsmittel.

Bessere Erfolge hat der Iran mit 56 Prozent vorzuweisen.<sup>66</sup> Die islamische Revolution von 1979 hatte zwar die seit 1967 bestehenden Familienplanungsprogramme und Ansätze zur Verbesserung der Lage von Frauen abgebrochen. Doch in den späten 1980er Jahren erkannten die religiösen Führer die bevölkerungspolitische Bedeutung solcher Programme und ließen sie wieder zu.<sup>67</sup> Die Beschlüsse von Kairo unterstützt der Iran nur mit Vorbehalten. Im Gegensatz zum Vatikan stand für den Iran und andere islamische Regierungen in Kairo jedoch weniger das Thema Schwangerschaftsabbruch im Vordergrund. Sie wollten vielmehr verhindern, dass unverheiratete Jugendliche Zugang zu Sexualaufklärung sowie sexuelle Rechte erhielten. Auch das Mitspracherecht der Eltern war ihnen wichtig. Dieses wurde auf Initiative einiger islamischer Regierungen im Text verankert.

Ägypten stellte sich 1994 vollumfänglich hinter die Ziele der Konferenz im eigenen Land. Es trug auch entscheidend dazu bei, islamische Länder zur Teilnahme an der Konferenz zu bewegen. Nur der Irak, damals noch unter Saddam Hussein, der Libanon, Saudi-Arabien und der Sudan blieben der Konferenz fern.<sup>68</sup> Ägyptische Beamte mobilisierten moderat islamische Länder sogar gegen die Allianz zwischen dem Vatikan, Iran und Libyen.